

Tote bei Kämpfen in Ägypten

KAIRO Bei Schiessereien zwischen Christen und Muslimen kamen in Ägypten in der Nacht auf Samstag mindestens fünf Personen ums Leben. Zu den Auseinandersetzungen kam es in der Stadt Chusus in der Nähe von Kairo. Die genauen Umstände sowie die Ursache der Kämpfe sind noch unklar. Ein ägyptischer Bischof wurde von verschiedenen Medien dahingehend zitiert, dass ein Streit zwischen einer christlichen und einer muslimischen Familie eskaliert sei. (RED)

Autofahrer attackiert Fussgänger

ZÜRICH In der Nacht auf Samstag verprügelte ein Autofahrer im Zürcher Stadtkreis 4 einen Fussgänger und verletzte diesen schwer. Laut seiner Medienmitteilung der Stadtpolizei ging der Tat ein Streit darüber voraus, wer Vortritt habe. Nach der Attacke, bei dem der Fussgänger schwere Kopfverletzungen erlitt, flüchtete der Lenker. Die Polizei sucht Zeugen. (RED)

Initiative für grünes Wohnen angeregt

BERN Der Vorstand der Grünen beauftragt die Geschäftsleitung damit, eine Volksinitiative für ökologisches und bezahlbares Wohnen und für mehr Lebensqualität in Siedlungen zu prüfen. Dies beschloss der Grünen-Vorstand an seiner Sitzung am Samstag. Er reagiert damit auf die Annahme des Raumplanungsgesetzes, welches zu einer stärkeren Verdichtung der Siedlungen führe. Die Initiative soll unter anderem den genossenschaftlichen Wohnungsbau und generationenübergreifende Wohnformen fördern. Auch Grünzonen und Naturräume innerhalb von Siedlungen sollen gefördert werden. (RED)

Skigebiete ziehen durchgezogene Bilanz

BERN Schweiz Tourismus und die Seilbahnen ziehen eine durchgezogene Bilanz. Wegen des schlechten Wetters sei die Skisaison 2012/2013 durchschnittlich ausgefallen. Dies berichtete die «Tageschau» des Schweizer Fernsehens. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Vier von fünf Skigebieten haben ihren Betrieb bereits eingestellt. Einzelne Resorts verlängern aber aufgrund der für diese Jahreszeit ungewöhnlich guten Schneeverhältnisse ihre Saison. (RED)

WETTER

Stark bewölkt Am Sonntagvormittag ist es noch meist stark bewölkt, am Nachmittag schafft die Sonne durch einige Lücken – bei rund 8 Grad. (RED)

GEWINNZAHLEN

Table with lottery results: Schweizer Zahlenlotto, Die Gewinnne, Jackpot CHF 23 300 000.-, Joker, Euro Millions.

LOHN-SCHERE

Infographic showing wage gaps for various companies and industries, including Konrad Graber, This Jenny, Ruedi Noser, Urs Gasche, Fulvio Pelli, Hans Grunder, Markus Hutter, Peter Schilliger, Hansruedi Wandfluh, Thomas Minder, Filippo Lombardi, Josias F. Gasser, Jürg Grossen, Jean-René Germanier, Ulrich Giezendanner, Jean-François Rime, Sylvia Flückiger-Bäni, Alois Gmür, Eric Nussbaumer, and Jacqueline Badran.

Die Unternehmer im Parlament halten sich freiwillig an 1:12

Umfrage bei Parlamentariern: 17 von 20 Wirtschaftsführern erfüllen die Vorgabe der Juso

Bei Schweizer Pharmakonzernen und Banken verdient der Chef 100- bis 250-mal so viel wie der unterste Angestellte. Bei den Unternehmen hingegen, die von Politikern geführt werden, ist die Lohnschere sehr viel kleiner.

Noser begründet das grössere Lohnband zum einen mit den Auslandsstandorten seiner IT-Gruppe. «Wir haben Mitarbeiter in Malaysia, die verdienen entsprechend den Lebenskosten dort viel weniger.» Zum anderen verweist er wie Bauunternehmer Jenny auf die hohen Vermögenssteuern, welche sie als Firmeneigentümer zu entrichten haben.

sen. Auch diejenigen nicht, die davon gar nicht betroffen wären. Als «langfristig orientierter KMUler» könne man eigentlich fast nicht gegen die Lohnobergrenze der 1:12-Initiative sein, sagt Jürg Grossen (GLP/BE).

im Geschäft.» Auch Badran betont, dass sie alle Gelder als Löhne auszahle. «Wir zahlen damit auch die vollen Sozialversicherungsbeiträge.»

Für die meisten Unternehmer im Parlament hätte die Annahme der 1:12-Initiative keine Konsequenzen: Die überwiegende Mehrheit erfüllt heute schon freiwillig die Vorgabe der Jungsozialisten. Das zeigt eine Umfrage der «Schweiz am Sonntag» bei zwanzig National- und Ständeräten, die entweder als Unternehmer selbst eine Firma führen oder als Verwaltungsratspräsident die Lohnpolitik massgeblich mitbestimmen können.

Ein Argument, das bei der börsenkotierten Emmi nicht zieht. Dennoch verteidigt Graber die Entschädigung von rund 1,34 Millionen Franken für seinen Konzernchef Urs Riedener.

ES SIND DREI HAUPTARGUMENTE, welche die Gegner immer wieder nennen. Das erste: «Die Initiative hat zu viele Schlupflöchern», betont Hans Grunder (BDP/BE). In der Tat können Unternehmer sich zusätzlich zum Lohn auch Dividenden auszahlen. Bei Weinproduzent Jean-René Germanier (FDP/VS) kommen die oben drauf, bei Elektroplaner Grossen sind allfällige Dividendenzahlungen bereits eingerechnet.

Damit spricht die Sozialdemokratin das zweithäufigste Argument der Initiativegegner an: die Sorge um die AHV. «Wird die Lohnzahlung eingeschränkt, schrumpft die Lohnsumme – und damit sinken auch die Beiträge an die Sozialversicherungen», sagt Sylvia Flückiger-Bäni (SVP/AG).

Bei den kleineren und mittleren Familienunternehmen variiert das Lohnverhältnis zwischen 1:3 und 1:6. «Für die KMU stellt die Initiative kaum ein Problem dar», sagt Josias F. Gasser (GLP/GR), der in seiner Bau-Gruppe mit total rund 310 Mitarbeitern Lohnverhältnisse zwischen 1:3 und 1:5 hat, je nach Grösse und Tätigkeitsfeld.

Die Kleinsten Lohnschere gibt es mit 1:1,7 und 1:1,8 in den Unternehmen von Jacqueline Badran (ZH) und Eric Nussbaumer (BL). Die beiden Sozialdemokraten sind auch die einzigen Befragten, die sich hinter die 1:12-Initiative stellen.

Das dritte Argument ist prinzipieller Natur. Alois Gmür warnt vor einer «Beyormundung des Unternehmers», Sylvia Flückiger-Bäni vor «Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit», und Ruedi Noser vor einem «Auseinanderdriften der Wirtschaft: Wir bauen Parallelwelten mit Parallelfirmen auf, in welche die tiefen Einkommen ausgelagert werden.»

Das Argument der Jungsozialisten, dass die Vorlage bei über 90 Prozent der Firmen keine Auswirkungen habe, ist eine extreme Verzerrung der Realität. Was bedeutet das schon, wenn bei der Statistik eine Einzelfirma gleich stark gewichtet wird wie ein Grossunternehmen? Die betroffenen Firmen, selbst wenn es nur wenige sind, beschäftigen mehrere hunderttausend Angestellte und erbringen den Grossteil der Schweizer Exporte.

Markanter sind die Lohndifferenzen bei den grösseren Firmen. Die Tessiner Kantonbank, die von Fulvio Pelli (FDP/TI) präsidiert wird, liegt mit 1:10 nah an der Grenze. Urs Gasche (BDP/BE) reizt als Präsident des Stromkonzerns BKW für seinen Konzernchef den Spielraum maximal aus.

UNEINIGKEIT IM GEGNERISCHEN LAGER

Die Bürgerlichen sind sich noch nicht einig, welche Partei welche Abstimmungskampagne leiten soll. Die Leads würden an einer Sitzung der Parteipräsidenten nochmals diskutiert, sagt FDP-Chef Philipp Müller.

«offen für alle Lösungen», sagt Generalsekretär Martin Baltisser. Uneinigkeit herrscht auch bei den Wirtschaftsverbänden. Offiziell soll der Gewerbeverband (SGV) 1:12 bodigen. Aus Kreisen von Economiesuisse ist zu hören, dass man den SGV für nicht kampagnenfähig hält und im Notfall eingreifen will.

Bei der Frage nach einem nationalen Mindestlohn zeigt sich übrigens das gleiche Muster: Alle Befragten zahlen bereits heute mindestens 4000 Franken im Monat oder 48000 Franken im Jahr für einen 100-Prozent-Job. Viele von ihnen zahlen sogar deutlich mehr. Die Initiative der Gewerkschaften hingegen, die genau das fordert, lehnen sie ebenso deutlich ab, wie die 1:12-Vorlage.

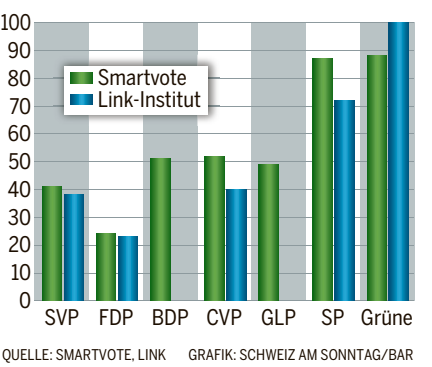
Bürgerliche sympathisieren mit Initiative

An der Basis der Mitte-rechts-Parteien zeigt sich eine erstaunlich hohe Unterstützung für das linke 1:12-Begehren

VON ALAN CASSIDY

Die Gemeinde Därstetten im Berner Simmental ist das, was man gemeinhin als SVP-Hochburg bezeichnet: Knapp zwei Drittel der Einwohner wählen hier die Volkspartei. In einem Abend im März trafen sich in der Dorfturnhalle die Nationalräte Christoph Mörgeli (SVP) und Cédric Wermuth (SP) zum Streitgespräch.

UNTERSTÜTZUNG FÜR 1:12



Prozent. Und von den FDP-Wählern spricht sich immerhin ein Viertel für die Initiative aus. Die Zahlen sind mehr als eine Momentaufnahme im Zug der Abzocker-Initiative: Erhoben hat Smartvote die Angaben anlässlich der Parlamentswahlen 2011. Hohe Sympathiewerte zeigen sich auch bei bürgerlichen Parteigängern, die für Ämter kandidieren: Ein Viertel der Kandidaten von CVP, GLP und BDP gaben vor den Aargauer Wahlen im Oktober 2012 an, die 1:12-Initiative zu unterstützen.

von der «SonntagsZeitung» nach dem Ja zur Abzocker-Initiative veröffentlicht wurde. Sie wies ebenfalls auf grössere Sympathiewerte bei den bürgerlichen Wählern hin. Insgesamt sprachen sich in jener Umfrage 49,5 Prozent der Befragten für die Initiative aus.

Doch dann kam die Debatte auf die Managerlöhne. Wermuth lobte die 1:12-Initiative, die er als früherer Präsident der Jungsozialisten selbst lanciert hatte – und die Mannen und Frauen der SVP brachen in Applaus aus.

Michael Erne, Politologe bei Smartvote, sieht Anzeichen für einen Graben innerhalb der Parteien: «Auffällig ist, dass es bei den bürgerlichen Parteien relativ grosse Unterschiede zwischen den Fraktionen im Bundesparlament und der Parteibasis gibt.»

Michael Erne, Politologe bei Smartvote, sieht Anzeichen für einen Graben innerhalb der Parteien: «Auffällig ist, dass es bei den bürgerlichen Parteien relativ grosse Unterschiede zwischen den Fraktionen im Bundesparlament und der Parteibasis gibt.»

Michael Erne, Politologe bei Smartvote, sieht Anzeichen für einen Graben innerhalb der Parteien: «Auffällig ist, dass es bei den bürgerlichen Parteien relativ grosse Unterschiede zwischen den Fraktionen im Bundesparlament und der Parteibasis gibt.»

DIE SZENE AUS DEM SIMMENTAL dürfte sich im Abstimmungskampf wiederholen. Verschiedene Umfragen deuten inzwischen darauf hin, dass die Initiative Sympathien bis weit ins bürgerliche Lager genießt. Laut einer Auswertung der Wahlplattform Smartvote für die beauftragte Hälfte der Wähler von CVP, GLP und BDP das Anliegen (siehe Grafik). Bei den SVP-Wählern beträgt der Anteil der Sympathisanten rund 40

Prozent. Und von den FDP-Wählern spricht sich immerhin ein Viertel für die Initiative aus. Die Zahlen sind mehr als eine Momentaufnahme im Zug der Abzocker-Initiative: Erhoben hat Smartvote die Angaben anlässlich der Parlamentswahlen 2011. Hohe Sympathiewerte zeigen sich auch bei bürgerlichen Parteigängern, die für Ämter kandidieren: Ein Viertel der Kandidaten von CVP, GLP und BDP gaben vor den Aargauer Wahlen im Oktober 2012 an, die 1:12-Initiative zu unterstützen.

Michael Erne, Politologe bei Smartvote, sieht Anzeichen für einen Graben innerhalb der Parteien: «Auffällig ist, dass es bei den bürgerlichen Parteien relativ grosse Unterschiede zwischen den Fraktionen im Bundesparlament und der Parteibasis gibt.»

Michael Erne, Politologe bei Smartvote, sieht Anzeichen für einen Graben innerhalb der Parteien: «Auffällig ist, dass es bei den bürgerlichen Parteien relativ grosse Unterschiede zwischen den Fraktionen im Bundesparlament und der Parteibasis gibt.»

Der falsche Kampf gegen hohe Löhne

DIE FORDERUNG, dass ein Lohn in einem Unternehmen nicht 12-mal höher sein darf als der tiefste, erscheint vernünftig. Warum sollte auch jemand mehr als ein Bundesrat verdienen? 500 000 Franken sind doch genug, um ein anständiges Leben zu führen.

Darum Ja sagen zur 1:12-Initiative. Ja sagen auch, weil ohnehin nur wenige Firmen von der 1:12-Vorlage betroffen wären. Doch das Argument der Jungsozialisten, dass die Vorlage bei über 90 Prozent der Firmen keine Auswirkungen habe, ist eine extreme Verzerrung der Realität. Was bedeutet das schon, wenn bei der Statistik eine Einzelfirma gleich stark gewichtet wird wie ein Grossunternehmen? Die betroffenen Firmen, selbst wenn es nur wenige sind, beschäftigen mehrere hunderttausend Angestellte und erbringen den Grossteil der Schweizer Exporte.

DIESE FIRMEN BEWEISEN SICH

täglich im weltweiten Wettbewerb, die Chefs sind Amerikaner, Briten, Deutsche, Schweden, die Schweizer sind oft in der Unterzahl. Das ist möglich, weil die Schweiz ein offenes Land ist und unsere Volkswirtschaft zu den globalisiersten der Welt zählt. Aber im globalen Kontext herrschen nun mal globale Regeln. Und gemäss diesen Regeln kann ein CEO eben mehrere Millionen Franken verdienen. Ob dies nun einem passt oder nicht. Warum sagt kein Politiker, dass er einen Lohn von über 10 Millionen Franken zwar daneben findet, der Eingriff in die Vertragsfreiheit aber das grössere Übel sei?

EIN BEKANNTER

Verwaltungsrat eines grossen börsenkotierten Unternehmens sagte mir einmal, dass der Kampf gegen hohe Managerlöhne völlig falsch geführt werde. Statt komplizierte Eingriffe ins Obligationenrecht vorzunehmen, sollten Gegner exzessiver Löhne bei den Steuern ansetzen. Warum verlangt die Linke nicht, dass Gehälter ab 3 Millionen Franken deutlich höher besteuert werden? Dass die Progressionskurve neu gezeichnet wird? Die Manager könnten ihre Saläre weiterhin beziehen, doch sie müssten einen grösseren Teil davon an den Staat abliefern. Zwar wäre auch das ein massiver Eingriff, aber einer wenigstens, der seit Ewigkeiten zum Aufgabenbereich der Politik gehört. Schon im alten Ägypten wurden Steuern erhoben. Politiker vergessen, dass sie nur deshalb gewählt werden, weil sie ein Budget zu verteilen haben.